

Geschäfte mit den Armen

Seit Juni müssen Banken auch Obdachlosen und Geflüchteten ein Konto einrichten. Laut einer Analyse langen viele Geldinstitute dabei kräftig zu

Susan Bonath

Seit dem 19. Juni müssen Banken jedem Volljährigen, der sich rechtmäßig in Deutschland aufhält, ein Basiskonto eröffnen. Damit sollen auch bisher Ausgeschlossene wie Obdachlose, geduldete Asylsuchende oder verschuldete Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind, zumindest eingeschränkt am bargeldlosen Zahlungsverkehr teilhaben. Doch das Wörtchen »angemessen« im Text des sogenannten Zahlungskontengesetzes, mit dem die Regierungskoalition eine EU-Richtlinie umgesetzt hat, lässt Geldinstitute bei den Gebühren kräftig zulangen. Das geht aus einer Auswertung der Frankfurter Finanzberatung (FMH) hervor, über die das *Handelsblatt* am Montag berichtete. FMH-Geschäftsführer Max Herbst wirft den Banken in einer Mitteilung vor, »Geschäfte auf Kosten der Schwächsten« zu betreiben. »Nicht wenige Anbieter wollen offenbar bewusst den Basiskunden das wenige Geld aus der Tasche ziehen.« Insgesamt hat die FMH die Basiskontengebühren von 105 Instituten ausgewertet.

Die Bundesregierung lobt das Gesetz als Beitrag zur Teilhabe für alle. Inhaber dieser reinen Guthabenkonten seien »besonders geschützt«, erklärte sie auf ihrer Internetseite kurz vor dem Inkrafttreten im Juni. Bereits im Februar hatte der Bundestag die Regelung mit den Stimmen der Opposition verabschiedet. Die Linke-Abgeordnete Susanna Karawanskij sprach damals von einem »Quantensprung im Bereich des finanziellen Verbraucherschutzes«. Allerdings hatten ihre sowie Teile der Grünen-Fraktion zugleich unklare Vorschriften zu den Kontogebühren bemängelt. Diese sollen die Geldhäuser »angemessen« und »marktüblich« festlegen, eine Obergrenze gibt es nicht. »Für einkommensschwache Kunden sind auch jährliche Gebühren von 40 oder 50

Euro nicht unerheblich«, monierte der Linke-Finanzpolitiker Axel Troost.

Angemessen und marktüblich ist für die Gladbacher Bank laut FMH-Analyse eine monatliche Kontoführungspauschale von 15 Euro. Die müssen dort nun alle berappen, die bisher aufgrund mangelnder oder unregelmäßiger Einkünfte oft kein Konto bekamen. Die Aktiengesellschaft im Finanzverbund der Volks- und Raiffeisenbanken ist damit das teuerste Geldinstitut auf der Liste der FMH. Kundenservice habe seinen Preis, erklärte dazu Vorstandsprecher Hans-Peter Uleplic gegenüber der Nachrichtenagentur *dpa*.

Auf den Plätzen dahinter findet sich zum Beispiel die Volksbank-Raiffeisenbank Rosenheim- Chiemsee. Sie verlangt von Basiskunden eine Monatsgebühr von 9,90 Euro. Die Sparkasse Hameln-Weserbergland nimmt ihnen monatlich 9,50 Euro ab, ebenso wie die Volksbank Chemnitz und die »Santander Consumer Bank«. Bei der Deutschen Bank müssen mindestens 8,99 Euro gelöhnt werden, die Commerzbank verlangt 6,50 Euro, und bei der Postbank werden für ein »Girokonto für jedermann« 5,90 Euro fällig. Etliche Banken berechnen darüber hinaus weitere Gebühren für einzelne Buchungen. Nur wenige Institute bieten das »Armenkonto« kostenfrei an, so die Onlinebank ING DiBa und die Direktbanken Consorsbank und Comdirect.

»Leider haben wir bei unserer Recherche festgestellt, dass einzelne Banken für die Basisvariante wesentlich höhere Kosten verlangen als für normale Konten«, konstatierte FMH-Geschäftsführer Herbst. Häufig liege die Gebühr um zwei bis drei Euro über der für vergleichbare Angebote für Standardkunden – bei eingeschränkter Leistung. An der Preisschraube drehten derzeit vor allem Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken. Manche lassen sich demnach inzwischen auch Onlinebanking, Girokarten und Kontoauszüge teuer bezahlen. Dabei bedeuteten Basiskonten kaum zusätzlichen Aufwand und schon gar nicht ein höheres Risiko für die Institute, so Herbst.

Christina Bruchmüller vom Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV) sagte dem *Handelsblatt*, man prüfe »aktuell Entgelte für Basiskonten« und werde »in geeigneten Fällen Abmahnungen durchführen«. Carmen Friedrich von der Verbraucherzentrale Sachsen kündigte an, der VZBV werde noch in diesem Jahr Ergebnisse einer Sonderuntersuchung bei 200 Kreditinstituten präsentieren. Generell sei seit einigen Monaten festzustellen, dass Bankdienstleistungen »erheblich teurer werden«.

<http://www.jungewelt.de/2016/07-20/028.php>